

Reformpläne der britischen Baumwollindustrie

Autor(en): **G.B.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie**

Band (Jahr): **51 (1944)**

Heft 11

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-676895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mitteilungen über Textil-Industrie

Schweizerische Fachschrift für die gesamte Textil-Industrie

Offizielles Organ u. Verlag des Vereins ehemaliger Seidenwebschüler Zürich und Angehöriger der Seidenindustrie
 Offizielles Organ der Vereinigung ehemaliger Webschüler von Wattwil, der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft und des Verbandes Schweizer. Seidenstoff-Fabrikanten

Adresse für redaktionelle Beiträge: „Mitteilungen über Textil-Industrie“, Küsnacht b. Zürich, Wiesenstr. 35, Tel. 91 08 80
 Annoncen-Regie: Orell Füssli-Annoncen, Zürich, „Zürcherhof“, Limmatquai 4, Telephon 32 68 00

Abonnemente werden auf jedem Postbureau und bei der Administration der „Mitteilungen über Textil-Industrie“, Zürich 6, Clausiusstraße 31, entgegengenommen. — Postscheck- und Girokonto VIII 7280, Zürich

Abonnementspreis: Für die Schweiz: Halbjährlich Fr. 5.—, jährlich Fr. 10.—. Für das Ausland: Halbjährlich Fr. 6.—, jährlich Fr. 12.—.
 Insertionspreise: Per Millimeter-Zeile: Schweiz 19 Cts., Ausland 21 Cts., Reklamen 50 Cts.

Nachdruck, soweit nicht untersagt, ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.

INHALT: Reformpläne der britischen Baumwollindustrie. — Exportplanung der amerikanischen Textilindustrie. Schweiz. Schweizerische Erzeugnisse im Lichte des Auslandes gesehen. — Ausfuhr über Frankreich. — Ausfuhr nach den Nord- und Oststaaten. — Schweizerisch-französische Wirtschaftsabkommen. — Nachkriegshilfe für das Ausland. — Schweiz. Löhne und Gehälter in der schweiz. Textilindustrie. — Argentinien. Die argentinische Textilindustrie. — Brasilien. Günstige Entwicklung der Textilindustrie. — USA. Große Knappheit an Zellwollstoffen. Indien. Von der indischen Textilindustrie. — Rückgang der Baumwollerträge im britischen Weltreich. — Die Wollausfuhr Argentinien. Australischer Bund. Die Wollerzeugung in Australien und Neuseeland. — USA. Plan einer Seidenkultur. — Betrachtungen über die Festigkeit von Zellwollgarnen und -zwirnen. — Die Vereinfachung der Arbeitsverfahren (Rationalisierung), ihre Widerstände und deren Ueberwindung. — Mode-Berichte. Messe-Berichte. — Fachschulen und Forschungsanstalten. — Firmen-Nachrichten. — Jubiläum. — Personelles. Dr. Wilhelm Dürsteler †. — Literatur. — Patent-Berichte. — Vereins-Nachrichten. — Stellen. — V. e. W. v. W.

Reformpläne der britischen Baumwollindustrie

Die britische Regierung hat nunmehr ihre Einstellung hinsichtlich der Fragen der Baumwollindustrie in der Nachkriegszeit in einer offiziellen Erklärung vor die Öffentlichkeit gebracht. Handelsminister Dalton unterbreitete sie in Manchester dem Cotton Board Committee, dem Komitee des Baumwollamtes, für das Studium der die Baumwollindustrie betreffenden Nachkriegsprobleme. Bei allem Verständnis für die Wünsche und Bedürfnisse der Baumwollindustrie nach obligatorisch regulierten Mindestpreisen zeigt die Regierung eine mehr selbständige Einstellung zu den Reformplänen der Industrie. Dieser wird als Bedingung für die Gewährleistung stabiler Preise und voller Beschäftigung die Durchführung eines umfassenden Reformprogramms vorgeschlagen. Der Bericht des Cotton Board vom Januar 1944 hatte dagegen das Hauptgewicht auf die obligatorische Preisregulierung als Vorbedingung für die Modernisierung der Industrie gelegt. Die Regierung ihrerseits geht jedoch von einem entgegengesetzten Standpunkt aus, indem sie die Verwirklichung durchgreifender Reformen an die erste Stelle setzt, ohne sich jedoch den übrigen Wünschen der Industrie zu verschließen.

Die breite, an diesen Fragen interessierte Öffentlichkeit billigt die Einstellung der Regierung und sieht in ihr eine willkommene positive Ergänzung der eher konservativ eingestellten Preisregulierungspläne der Baumwollindustrie. Handelsminister Dalton gab in diesem Zusammenhang der Auffassung Ausdruck, daß eine Festlegung von Mindestpreisen eher einschränkend anstatt fördernd auf die Produktion wirken würde, und die geringere Leistungsfähigkeit sowie allfällige rückständige Produktionsmethoden auf Kosten der progressiv eingestellten, leistungsfähigeren Unternehmen weiterdauern lassen würde. Zumindestens in den ersten Nachkriegsjahren, so meinte der Minister weiter, sei ohnehin als Folge der noch knappen Versorgung auf längere Zeit mit einem mühelosen Absatz der Produktion zu rechnen, so daß kaum mit einer Gefahr der Preisunterbietung, sondern eher mit der gefährlichen Möglichkeit einer inflatorischen Preissteigerung zu rechnen sei. Auf dem bri-

tischen Markte selbst müßten nicht Mindest-, sondern Höchstpreise eingeführt werden, und die Ausfuhrpreise müßten auf einem solchen Niveau gehalten werden, welches geeignet wäre, der britischen Industrie den guten Willen der Ueberseesekundenschaft für weitere Jahrzehnte zu erhalten. Der offizielle Cotton Control (Baumwollbewirtschaftungsamt), der auf sehr einfache und wirksame Weise die Preisstabilität gewährleistete, müßte noch für längere Zeit nach Kriegsende aufrechterhalten werden. Es ist vorgesehen, daß nach Aufhebung des Cotton Control das Reorganisationsgesetz vom Jahre 1939, das die Einführung obligatorischer Preiskontrollen vorsah, wieder automatisch in Kraft tritt.

Bis zu jenem Zeitpunkt jedoch, so betont die Regierung, wird die Durchführung eines Reformprogramms seitens der Industrie erwartet. In der offiziellen Regierungserklärung wird hierbei das Hauptgewicht auf fünf Punkte gelegt. An erster Stelle steht die „concentration“, die Zusammenlegung von Einzelfirmen namentlich in der Spinnerei, zwecks Schaffung leistungsfähiger und finanzkräftiger Betriebe. An zweiter Stelle verweist die Regierung auf die Notwendigkeit, daß die Baumwollindustrie ihre Betriebsanlagen, Maschinen, Gebäulichkeiten usw., nach Möglichkeit modernisiere und ausbaue, um Vorsprünge, die ausländische Unternehmungen ähnlicher Art besäßen, wettzumachen. Von industrieller Seite wird hierzu allerdings jegliche Andeutung seitens der Regierung, inwieweit diese bereit wäre, an der Finanzierung des Ausbaues, bzw. der Modernisierung teilzunehmen, vermißt. Allerdings wird zugegeben, daß es Sache der Industrie sei, mit diesbezüglichen Anträgen an die Regierung heranzutreten und daß letztere für die Wünsche der Industrie volles Verständnis zeigen würde, vorausgesetzt, daß das vorgesehene Ziel erreicht werden könnte, die Industrieanlagen auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Diese Ansichten werden durch die Formulierung so entschiedener, durchgreifender Postulate durch die Regierung nur bekräftigt, da diese Postulate auf die Bereitwilligkeit des Staates hinzuweisen scheinen, die moralische Verpflichtung anzuer-

kennen nach Möglichkeit bei der Durchführung der Pläne mitzuhelfen.

Die drei weiteren Reformpunkte der Regierung betreffen die technische Aufrüstung der britischen Baumwollindustrie. Es wird vor allem eine umfassende Ueberprüfung und Reorganisation der bestehenden Verkaufsorganisationen ins Auge gefaßt, somit des Systems der Großhandels- und Exporthäuser, mit dem Zwecke, den Industrieunternehmungen selbst die wirtschaftlichen Vorteile zu sichern, welche möglichst umfangreiche Aufträge und eine anhaltende Produktion bieten. Es wird zugegeben, daß die Handelsfirmen in verflossenen Jahrzehnten ohne Zweifel eine oft sehr wertvolle Rolle spielten, doch wird andererseits auf den Nachteil der Zersplitterung der Kundenwerbung und der Aufträge durch die große Anzahl von größeren, mittleren und kleineren Firmen hingewiesen, ein Nachteil, der die Produktionsgestaltung sehr erschwere. Auch hier soll nach den Plänen der Regierung eine Zusammenfassung der Handelsorganisationen in größere Einheiten Abhilfe schaffen.

Was die mit beträchtlichen Kapitalauslagen verbundene Anschaffung neuer Maschinen und sonstige Betriebsverbesserungen anbelangt, können nach Ansicht der Industrie diese Investitionen nur verlangt und gerechtfertigt werden, insofern als auch die Arbeiterschaft sich zur wirtschaftlichen Ausnutzung der modernisierten Betriebe positiv einstellt. Hier wird vor allem an einen doppelschichtigen Betrieb und an eine Vereinfachung des Lohnsystems gedacht, zwei Forderungen, welche auch in der Regierungserklärung vertreten sind. Eine verständnisvolle Einstellung der Arbeiterschaft zu diesen Postulaten kann natürlich nur dann erwartet werden, wenn die Industrie auch tatkräftig an die Verwirklichung der übrigen von der Regierung als notwendig bezeichneten Reformen schreitet.

Das Reformprogramm der Regierung ist als Ganzes gedacht und wird den verschiedenen Interessen nur bei gänzlicher Verwirklichung annehmbar sein. Handelsminister Dalton zeigte sich über die erste Aufnahme die der Regierungserklärung zu Teil wurde, sehr befriedigt, obwohl der Vorsitzende des Cotton Board, Sir Raymond Streat, zu verschiedenen Punkten eine konservative Stellung einnahm.

In einer von Sir Raymond Streat einige Tage nach Bekanntgabe der Regierungserklärung vor einer Baumwoll-Industriellenversammlung in Blackburn gehaltenen Rede formulierte er in Erwiderung der von Handelsminister Dalton skizzierten Richtlinien der Regierung zur Förderung der Baumwollindustrie fünf Forderungen der Industrie an die Regierung, von deren Erfüllung eine rasche und wirksame Umstellung auf die Friedensproduktion und die Durchführung der gewünschten Modernisierungsmaßnahmen abhängig gemacht werden sollen.

Vor allem betonte Sir Raymond, müßten die Steuerlasten so weit erleichtert werden, daß die Industrie nicht nur nicht mit Gewinn arbeiten, sondern auch so viel Reserven zurücklegen könne, um neue Kapitalanlagen zur Modernisierung der Betriebe zu ermöglichen und zu rechtfertigen. Des weiteren müßten die Interessen des Ausfuhrhandels durch eine richtige Art von Handelsverträgen mit dem Auslande und den Gebieten des britischen Weltreiches nach Möglichkeit gefördert werden,

während andererseits der Handel mit den für den Exportbedarf benötigten Rohmaterialien freigegeben, sowie die freie Sicherung von Arbeitskräften wieder eingeführt werden müßte. Eine nähere Umschreibung dieser Handelsverträge wurde vorläufig nicht gegeben. Hinsichtlich der Materialien und der Arbeiterschaft hob Sir Raymond auch die Notwendigkeit hervor, daß sowohl jene wie diese den Baumwollindustriellen selbst, als auch den Maschinenfabriken so rasch als möglich nach Kriegsschluß zur Verfügung gestellt werden müßten, nicht nur um die Produktion der Baumwollindustrie zu heben, sondern auch um den Maschinenfabriken die dringlichste Wiederinstandsetzung der Baumwollfabriken zu ermöglichen. Desgleichen müßten dem Maschinenbau die zur Reparatur und für den Neubau von Fabriken nötigen Prioritätslizenzen so früh als möglich erteilt werden.

Sir Raymond hat mit diesen Forderungen ein besonderes Problem der britischen Baumwollindustrie berührt, denn in ihrem Falle erscheinen Erneuerungen von Anlagen besonders dringlich, da ihre Betriebe, im Gegensatz zu denjenigen einer Reihe anderer Industriebranchen während des Krieges nicht durch neue Maschinenanschaffungen ergänzt und bereichert wurden. Im übrigen nahm der Vorsitzende des Cotton Board zu den meisten vom Handelsminister Dalton gestellten Anforderungen eine positive Stellung ein, da, wie er (Sir Raymond) betonte, diese im großen und ganzen den Vorschlägen des Cotton Board entsprechen. Unternehmer und Gewerkschaften, so unterstrich Sir Raymond, sollten nicht zögern, unverzüglich an die Verwirklichung der Forderungen heranzutreten. Was die Zusammenlegung von Betrieben anbelangt, wurde zugegeben, daß, so ungerne auch Einzelunternehmungen Fusionen in Erwägung ziehen, größere Betriebseinheiten doch derart weitgehende Vorteile zu bieten im Stande sind, daß diese Tendenz der Zusammenlegung auf weite Sicht dennoch gerechtfertigt erscheine. Hinsichtlich der für den Bedarf der Baumwollindustrie in Betracht kommenden Maschinenindustrie wurde der Vorschlag unterbreitet, dieser die Möglichkeit zu bieten, sich ein richtiges Bild über den Bedarf der ersteren zu machen, und zwar durch möglichst baldige Ueberschreibung von vorerst provisorischen Aufträgen.

Den Handelshäusern wurde nahegelegt, ihre Transaktionen derart zusammenzufassen, daß die Ausführung der betreffenden Aufträge nach Gesichtspunkten der rationalen Produktion erfolgen könne.

Als unerläßlich wurde ferner eine realistische Verständigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften über die Neuregelung der Lohngestaltung und der Arbeitsweise hingestellt, um eine möglichst intensive und rationelle Ausnutzung der neuen Maschinen zu gewährleisten. Hierbei wurde auch hervorgehoben, daß eine dauernde Doppelschichtarbeit eine Forderung wäre, deren Verwirklichung allein für sich einen entscheidenden Beitrag zur Kostensenkung darstellen würde.

Der Ausschuß des Cotton Board behielt sich im übrigen vor, die von Handelsminister Dalton vorgebrachten Anregungen auf ihre möglichst rasche und umfassende Verwirklichung hin, einer genauen Prüfung zu unterziehen, bevor zu diesem Problem weiter Stellung genommen werden würde.

— G. B. —

Exportplanung der amerikanischen Textilindustrie

In Kreisen der amerikanischen Textilindustrie verfolgt man mit Interesse die Pläne der Lancashire Baumwollindustrie zur Rehabilitierung ihrer Anlagen für eine starke Ausfuhr offensive nach Kriegsende. Es verlautet, die britische Baumwollindustrie in Lancashire will in den ersten fünf Nachkriegsjahren etwa 350 Mill. \$, d. h. jährlich bis zu 70 Mill. \$ für den Bau neuer Fabriken und für die Modernisierung ihrer Anlagen ausgeben.

Bemerkenswert ist, daß die Industrie auf die stärkste Unterstützung durch die britische Regierung rechnet; diese soll ein besonderes Baumwoll-Wirtschaftsamt für die Lenkung der Umstellung, die Preispolitik usw. einrichten und die Kapazität der Industrie etwa auf den Umfang des Jahres 1939 zurückbringen, bei sorgfältiger Abstimmung der Leistungsfähigkeit von Webereien, Spinnereien und Appreturen, und unter Ausschaltung aller überflüssigen und veralteten Anlagen.